

Reparations-Debatte: Commonwealth drängt UK, Starmer bleibt hart!

Der Commonwealth-Gipfel in Samoa beleuchtet den Widerstand des UK gegen Reparationsforderungen für die Sklaverei.

Apia, Samoa -

Der Druck auf Großbritannien wächst: Commonwealth-Staaten fordern Reparationszahlungen!

In der malerischen Kulisse von Samoa versammelten sich die Commonwealth-Staatsoberhäupter zu einem historischen Gipfel, der die Weltpolitik auf den Kopf stellen könnte! Während die Führer aus 56 Ländern sich in Apia trafen, stand ein Thema im Raum, das die Gemüter erhitzt: Die Forderung nach Reparationszahlungen für die Gräueltaten des transatlantischen Sklavenhandels. Doch Premierminister Keir Starmer zeigt sich unbeeindruckt und lehnt eine Diskussion über diese brisante Thematik ab!

Der Commonwealth Heads of Government Meeting (CHOGM) fand in diesem Jahr zum ersten Mal in einem kleinen pazifischen Inselstaat statt und brachte die Stimmen der Vergangenheit in die Gegenwart. Obwohl das Thema Reparationszahlungen nicht auf der offiziellen Agenda stand, ließen die Commonwealth-Führer nicht locker und kündigten an, ihre eigenen Gespräche über die dunkle Geschichte der Sklaverei zu führen – mit oder ohne Zustimmung der britischen Regierung!

Ein Gipfel mit brennenden Fragen

Der Gipfel, der von Montag bis Samstag dauerte, hatte nicht nur die Sklaverei im Blick, sondern auch den Klimawandel. Während einige Staatsoberhäupter, wie Indiens Premierminister Narendra Modi, dem BRICS-Gipfel in Russland den Vorzug gaben, diskutierten die Anwesenden über die Commonwealth Ocean Declaration und die Herausforderungen der Geschlechtergerechtigkeit. Doch die Schatten der Geschichte drängten sich unweigerlich in den Vordergrund.

Die britische Regierung, die sich seit Jahren gegen Reparationsforderungen wehrt, sieht sich einem wachsenden internationalen Druck gegenüber. Der Premierminister erklärte, dass er lieber „die Ärmel hochkrempeln und an aktuellen Herausforderungen arbeiten“ wolle, anstatt sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Doch die Stimmen der Commonwealth-Führer, die eine gerechte Aufarbeitung der Sklaverei fordern, werden lauter!

Die Forderungen der Commonwealth-Staaten

Die Führer der Commonwealth-Staaten, darunter Ralph Gonsalves, Premierminister von St. Vincent und den Grenadinen, betonten die Notwendigkeit einer „ehrlichen und respektvollen Diskussion“ über die Folgen des Sklavenhandels. Gonsalves erklärte, dass die Nachfahren der versklavten Afrikaner noch immer unter den Folgen leiden. „Es gab nichts, worauf sie aufbauen konnten – kein Land, kein Geld, keine Ausbildung“, so seine eindringlichen Worte.

Während des Gipfels wurde ein 10-Punkte-Plan für Reparationszahlungen vorgestellt, der eine formelle Entschuldigung, Schuldenerlass und technologische Unterstützung umfasste. Doch die britischen Vertreter schafften es, diese Forderungen aus dem offiziellen Kommuniqué zu entfernen. Stattdessen wurde lediglich auf zukünftige Gespräche über „reparative Gerechtigkeit“ verwiesen.

Die Brattle Group hat in einem aktuellen Bericht die Reparationsforderungen auf unglaubliche 24 Billionen Dollar geschätzt, die Großbritannien an 14 karibische Länder zahlen sollte. Diese Summe könnte die britische Regierung in eine Zwickmühle bringen, denn auch andere Länder, die in den Sklavenhandel verwickelt waren, haben sich geweigert, über Reparationszahlungen zu diskutieren.

Die Zeit drängt, und die Commonwealth-Staaten sind entschlossen, ihre Stimmen zu erheben und für Gerechtigkeit zu kämpfen. Wird Großbritannien den Druck standhalten können, oder wird es sich endlich der Verantwortung stellen müssen, die aus seiner kolonialen Vergangenheit resultiert?

Details	
Ort	Apia, Samoa

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de